



20 Jahre deutsche Außenpolitik aus humanitärer Sicht

Eine Konferenz von
ÄRZTE OHNE GRENZEN

25. April 2013, Rotes Rathaus, Berlin

20 JAHRE
ÄRZTE OHNE GRENZEN
DEUTSCHLAND



Inhalt



ZAIRE 1994 (heute D. R. Kongo):
Die Menschen suchen in
Flüchtlingslagern Schutz vor
dem Völkermord in Ruanda.
© Roger Job

Einleitung
Humanitäre Hilfe in der Debatte

Überblick
**Humanitäre Hilfe und
die Politik nach 1989**

Panel 1
**Out-of-Area-Einsätze in den
1990er Jahren – Auswirkungen auf
die unabhängige humanitäre Hilfe**

Interview mit Timothy Pitt
**„Hilfe von Soldaten ist
ein strategisches Instrument“**

Zwischenfrage
**Ist Neutralität
im Krieg möglich?**

Panel 2
**Feindbild Terrorismus –
die deutsche Außenpolitik nach 9/11**

Meinung – Andreas Zumach
**Die deutsche Afghanistan-Politik –
eine große Illusion**

Panel 3
**Zwischen Distanz und Umarmung –
das künftige Verhältnis zwischen
humanitärer Hilfe und Politik**

Interview mit Rony Brauman
„Unsere Flexibilität ist unerlässlich“

Meinung – Andrea Binder
**Eine Politik der
Humanität ist möglich**

Ausblick
**Die humanitäre Hilfe für
die Zukunft stärken**

Fakten und Zahlen
**ÄRZTE OHNE GRENZEN
im Jahr 2012**

Impressum

Einleitung Humanitäre Hilfe in der Debatte



„Es geht nicht darum, unter welchen Bedingungen eine Militärintervention berechtigt oder notwendig ist. Vielmehr geht es uns um die Frage, was die Einbindung der humanitären Hilfe in militärische Konzepte oder in den „Krieg gegen den Terror“ für die humanitären Organisationen und die von Konflikten betroffenen Menschen bedeutet.“

Tankred Stöbe, Präsident von ÄRZTE OHNE GRENZEN,
in seiner Eröffnungsrede zur Konferenz

Ob in Somalia, Kosovo oder Afghanistan: Seit rund 20 Jahren treffen wir von ÄRZTE OHNE GRENZEN in Konfliktgebieten zunehmend auf bewaffnete Einheiten der Vereinten Nationen, der Bundeswehr und anderer westlicher Staaten. Diese begründen ihre Präsenz häufig ebenso wie wir mit Hilfe für die Zivilbevölkerung. Anlässlich des 20-jährigen Bestehens von ÄRZTE OHNE GRENZEN in Deutschland wollten wir in einer Konferenz diese Entwicklung der deutschen Außenpolitik unter dem Aspekt der Nothilfe für Menschen in Krisen diskutieren.

Aus diesem Grund haben wir im April 2013 Kollegen von anderen Hilfsorganisationen sowie Vertreter aus Politik, Bundeswehr, Medien und Hochschulen nach Berlin eingeladen. Wir wollten gemeinsam einen Blick zurück werfen, um besser zu verstehen, wie sich die politische Landschaft in den vergangenen 20 Jahren für die humanitäre Hilfe verändert hat.

Auch ÄRZTE OHNE GRENZEN hat sich stark gewandelt in diesen 20 Jahren. Wir sind gewachsen und leisten heute rund die Hälfte aller medizinischen Nothilfe auf der Welt. Das ist für uns kein Grund zu Freude oder Stolz, wir

sehen diese Entwicklung sehr kritisch. Als internationales Netzwerk greift ÄRZTE OHNE GRENZEN auf mehr als 40 Jahre Erfahrung in der medizinischen Nothilfe zurück. Wir konnten zum Beispiel die Sicherheitsstrategien zum Schutz unserer Mitarbeiter stets weiterentwickeln. Aber in Konfliktgebieten wie Afghanistan, Syrien oder Somalia können immer weniger Organisationen arbeiten – dabei brauchen gerade dort Millionen Menschen dringend humanitäre Hilfe.

Darum ging es uns in der Konferenz und darum geht es uns in dieser Schrift: Wie können wir sicherstellen, dass die Hilfe diejenigen erreicht, die sie dringend brauchen? Gibt es zwischen den verschiedenen Akteuren ein gemeinsames Verständnis der humanitären Prinzipien? Wie können wir konstruktiv mit den Spannungsfeldern umgehen?

Um Antworten zu finden, braucht es kritische Bestandsaufnahmen, genaue Analysen und mehr öffentliche Debatten. Die Konferenz im April war ein Schritt in diese Richtung. Mit dieser Schrift wollen wir nun einige Thesen in einem größeren Rahmen zur Diskussion stellen.

Humanitäre Hilfe und die Politik nach 1989

DIE UNPARTEILICHKEIT DER HILFE: VERANKERT IM HUMANITÄREN VÖLKERRECHT

Hauptzweck der Genfer Konventionen und ihrer Zusatzprotokolle ist, menschliches Leiden in Kriegszeiten zu begrenzen. Neben dem Schutz von Personen, die nicht oder nicht mehr direkt an Feindseligkeiten teilnehmen – also auch zivile Helfer – bieten die Verträge die Basis für humanitäre Hilfe. Im gemeinsamen Artikel 3 heißt es: „Eine unparteiische humanitäre Organisation, wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, kann den am Konflikt beteiligten Parteien ihre Dienste anbieten.“ Diese Regel verankert das Prinzip der sich rein an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierenden Hilfe im humanitären Völkerrecht.

Florian Westphal, Internationales Komitee vom Roten Kreuz

Für die internationalen Beziehungen bedeuten der Fall der Mauer 1989 und der Kollaps der Sowjetunion 1991/92 eine radikale Zäsur: Der fast 50 Jahre bestehende Antagonismus der Großmächte wird von neuen Konstellationen abgelöst. Es beginnt damit unter anderem eine Zeit der militärischen Interventionen, die humanitär begründet werden. Ihren Anfang nimmt diese Entwicklung mit dem Krieg im Irak 1991, der unter anderem zu einer massenhaften Flucht der kurdischen Bevölkerung in die Nordtürkei und in den Iran führt. Mit der UN-Resolution 688 wird unter dem Namen „Provide Comfort“ erstmals eine bewaffnete Intervention als „humanitär“ bezeichnet: Ihr erklärtes Ziel ist, die Zivilbevölkerung zu schützen. Eine zweite als humanitär bezeichnete Intervention folgt 1992 in Somalia („Restore Hope“). Möglich geworden durch den Wegfall der Blockade im Sicherheitsrat folgen ähnliche Einsätze in Liberia, Bosnien und Ost-Timor. Im Kosovo-Krieg 1999 entscheiden sich die westlichen Staaten für eine Nato-Intervention ohne UN-Mandat, während der Völkermord in Ruanda im Jahr 1994 keine UN-Entscheidung für eine Intervention begründet.

Von den Vereinten Nationen wird seitdem immer häufiger erwartet, dass sie Konflikte beenden oder Friedensabkommen überwachen. Zu diesem Zweck verfügen sie über ein wichtiges Instrument: die Blauhelme oder Friedenstruppen. Bosnien (1992–1995), Somalia (1993), Ruanda (1993–1994), Kosovo (1999 bis heute) oder die Demokratische Republik Kongo sind wichtige Beispiele. In all diesen Fällen kommt zu den lokalen bewaffneten Akteuren die Anwesenheit einer internationalen Armee. Je nach Mandat sollen die Blauhelme darüber wachen, dass die Konfliktparteien ihre Verpflichtungen erfüllen oder die Zivilbevölkerung und die humanitären Helfer schützen. In diesen Konfliktgebieten halten sich Hilfsorganisationen zwangsläufig mit den ausländischen Streitkräften im selben Gebiet auf.

Nicht nur das führt dazu, dass für Hilfsorganisationen eine Verwechslung mit den Streitkräften immer weniger zu vermeiden ist. Das wiederholte Versagen der UN-Friedenstruppen bei der Verhinderung von Massakern – beispielsweise in Ruanda oder Srebrenica – hat die UN veranlasst, mit einem „integrierten

D. R. KONGO 2008: Ein UN-Fahrzeug passiert ein provisorisches Vertriebenenlager im Nordosten des Landes. Tausende Menschen in der Region müssen immer wieder vor Kämpfen fliehen. © Dominic Nahr/Magnum



Ansatz“ das „übergeordnete“ Ziel des Friedens und des Schutzes der Bevölkerung zu erreichen. Dieser Ansatz will auch die humanitären Organisationen in die politische Zielsetzung der Einsätze integrieren.

Die zunehmende Polarisierung der Welt in Folge der Attentate vom 11. September 2001 verstärkt diese Entwicklung noch. Die Sichtweise, sämtliche politische Handlungen müssten dem „Krieg gegen den Terror“ und der neuen Sicherheitsstrategie dienen, macht auch vor der humanitären Hilfe nicht halt. Manche Konfliktparteien nehmen längst nur noch die Herkunft der Akteure wahr und nicht deren Intentionen. Verstärkt wird dies dadurch, dass auch Nato und UN – beispielsweise in Afghanistan – mit einer zivilen Komponente („comprehensive approach“) um die Unterstützung der Bevölkerung werben.

Unabdingbar: Unparteilichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität

Aus der Sicht von ÄRZTE OHNE GRENZEN ist es fatal, wenn Politik und Militär die humanitäre Hilfe als Teil ihrer Strategie sehen. Denn huma-

nitäre Hilfe soll in Konflikten und Katastrophen Leben retten und Leiden lindern. Die Motivation entspringt allein der Humanität und dem Respekt für die Würde jedes Einzelnen. In diesem Sinne sind alle Menschen gleich, und deshalb muss die Hilfe unparteilich geleistet werden – ohne jede Diskriminierung, nur aufgrund der Bedürftigkeit. Nur dann, so die Hoffnung der Begründer der modernen humanitären Hilfe, können Konfliktparteien die Anwesenheit einer humanitären Organisation in umkämpften Gebieten und deren Hilfe akzeptieren – auch für Verwundete der Gegenseite.

Zudem muss humanitäre Hilfe unabhängig sein: von politischen, strategischen oder wirtschaftlichen Interessen und militärischen Motiven. Sie muss sich bemühen, keiner Konfliktpartei aktiv zu nützen oder zu schaden. Sie muss also möglichst neutral handeln und auch so gesehen werden. Die drei Prinzipien der Unparteilichkeit, Unabhängigkeit und Neutralität sind weltweit anerkannt und auch von der Bundesregierung unterschrieben.

Ulrike von Pilar

Out-of-Area-Einsätze in den 1990er Jahren: Auswirkungen auf die unabhängige humanitäre Hilfe



„Leben wir auf dem selben Planeten?“ fragte John Kornblum angesichts der kontroversen Diskussionen des Eröffnungspanels. Dieses machte gleich zu Beginn deutlich: Politik und Hilfsorganisationen deuten die Auswirkungen der Politik der 1990er Jahre auf die humanitäre Hilfe sehr unterschiedlich.

In den 1990er Jahren setzte die Bundesregierung, eingebettet in Nato und Europäische Union, erstmals neben diplomatischen auch massiv militärische Mittel in ihrer Außenpolitik ein und begründete diese oft mit humanitären Argumenten: 1993 im ersten bewaffneten Out-of-Area-Einsatz der Bundeswehr in Somalia, später im selben Jahrzehnt in Bosnien und Kosovo.

Humanitär und Militär: Die Grenzen verschwimmen

Für ÄRZTE OHNE GRENZEN haben diese militärischen Einsätze die Grenzen zwischen humanitärer Hilfe und militärischer Strategie verwischt. „In einem Maße, das es vorher nicht gab, wurde Hilfe von der Politik eingesetzt:

um militärische Einsätze zu begründen oder abzufedern“, erklärte Ulrike von Pilar. Diese Entwicklung habe mit dem als „humanitär“ bezeichneten Einsatz der Nato in Kosovo am Ende der Dekade ihren Höhepunkt erreicht:¹ „Immer stärker wurden wir als Teil der militärischen Maschinerie gesehen. Nicht selten wurde humanitäre Hilfe als Kriegspropaganda interpretiert.“ Nach ihrer Ansicht könnten Helfer inmitten von Krieg und Gewalt nur Leben retten und Leid lindern, wenn sie als neutral und nicht als verlängerter Arm einer der Konfliktparteien angesehen würden. „Das hat man oft unmöglich gemacht“, resümierte Ulrike von Pilar.

Neue Kriege – neue Spielregeln?

John Kornblum erklärte diese Sichtweise für „zu einfach“: Dass es schwieriger geworden sei, unabhängige Hilfe zu leisten, liege nicht an deren Missbrauch, sondern an der Brutalisierung der Auseinandersetzungen. Auch für Daniel Cohn-Bendit machten in erster Linie „die Bedingungen, unter denen totalitäre Systeme und Armeen heute Krieg führen“ es den

TEILNEHMER Panel 1

von links nach rechts

Daniel Cohn-Bendit
Grüne/Freie Europäische Allianz,
Europäisches Parlament
John Kornblum
US-Botschafter a.D.
Hans-Hermann Klare [MODERATION]
Journalist, Stern
Ulrike von Pilar
ÄRZTE OHNE GRENZEN
Jochen Hippler
Institut für Entwicklung und Frieden,
Universität Duisburg-Essen

„Wie vermeiden wir den Missbrauch humanitärer Rhetorik zu militärischen und politischen Zwecken, der täglich stattfindet? Das gegeneinander Ausspielen von politischer und humanitärer Arbeit – also zu sagen: Wir müssen Konflikte politisch lösen und deswegen ist neutrales Handeln nicht möglich – das erscheint mir absurd. Wir müssen dafür sorgen, dass Politik und humanitäre Hilfe sich nicht lähmen oder blockieren, weil sonst beide gegen die Wand gefahren werden. Und das ist nicht im Interesse der betroffenen Bevölkerungen und auch nicht im Interesse westlicher Außenpolitik.“ Jochen Hippler

Hilfsorganisationen schwer, neutral zu agieren. Nach Meinung der beiden Politiker schätzten die Hilfsorganisationen die Handlungsspielräume der Politik außerdem falsch ein. „Die alten Spielregeln funktionieren nicht mehr“, konstatierte Kornblum. Viele Konflikte seien mit traditionellen außenpolitischen Instrumenten nicht mehr zu lösen. Dies hätte sich bereits in Bosnien und Kosovo gezeigt und setze sich bis heute fort – in Syrien etwa oder in der Demokratischen Republik Kongo.

Cohn-Bendit begrüßte, dass das Militär zunehmend nicht-militärische Aufgaben übernehme: „Ist es nicht schön, dass die Militärs sich überlegen, nicht nur Militär zu sein?“ So hätten die UN-Soldaten in Bosnien zunächst „das Morden in Sarajevo beendet“ und anschließend zusammen mit den NGOs „die Wasserversorgung wiederhergestellt und die Dächer repariert. Ich bin zufrieden, dass die Militärakademien auch das lehren“.

John Kornblum wies darauf hin, dass zu den neuen Spielregeln auch ein Verlust der Bedeutung der Genfer Konventionen gehöre: „Sie sind über 100 Jahre alt. Sie können nicht erwar-

ten, dass diese Sie noch schützen“, sagte er. Es sei deswegen an der Zeit, dass die Hilfsorganisationen ihre Prinzipien der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit überdenken.

Die humanitären Prinzipien ernst nehmen

Dem widersprach Jochen Hippler deutlich: „Humanitäre Hilfe ist nur möglich, wenn sie Unabhängigkeit, Unparteilichkeit und Neutralität ernst nimmt.“ Nur dann könnten Menschen in Not die Hilfe erhalten, die ihnen zusteht – „weil sie Menschen sind und nicht, weil es Teil einer Strategie ist“. Seine Position: Politik und Militär mögen ihre Aktivitäten strikt von der humanitären Hilfe trennen. Nur so könne die Trennschärfe zwischen militärischen und humanitären Zielen wiederhergestellt werden – im Interesse der Menschen.

¹ Dennis McNamara, damals Stellvertretender Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs in Kosovo, hat Tony Blairs Bezeichnung der Intervention als „humanitären Krieg“ das „schlimmste Oxymoron in der humanitären Hilfe“ genannt. http://www.frontlineclub.com/third_party_event_looking_back_-_moving_forward_a_humanitarian_perspective/, letzter Zugriff am 06.10.2013.

Interview mit Timothy Pitt

„Hilfe von Soldaten ist ein strategisches Instrument“

Zur Zeit der Nato-Offensive in Kosovo leitete Timothy Pitt zunächst die Projekte von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** in Mazedonien und Kosovo, später leitete er das Büro der UN-Nothilfeorganisation OCHA in Afghanistan. Im Gespräch mit Sebastian Frowein von **ÄRZTE OHNE GRENZEN** reflektiert er über die Veränderungen in der Beziehung zwischen humanitärer Hilfe und Militär im Laufe der 1990er Jahre.

ALBANIEN 1999: Flüchtlinge aus Kosovo auf der Suche nach Schutz. © Roger Job



Timothy Pitt, was passierte im Laufe der Dekade mit der humanitären Hilfe, und was haben die westlichen Militärinterventionen damit zu tun? Seit Ende des Kalten Krieges versuchen die westlichen Staaten zunehmend, alle Aspekte eines Konfliktschauplatzes zu kontrollieren – auch die Hilfe für die Bevölkerung. Diese Entwicklung beginnt bereits in Somalia 1992–1993, aber der eigentliche Wendepunkt kam für mich in Kosovo. Dort wurden zum ersten Mal humanitäre und Menschenrechtler in eine UN-Mission eingebunden. Zudem verdeutlichte sich in Kosovo der Wunsch der Nato, mehr als nur eine militärische Kraft zu sein. Ich erinnere mich an einen Soldaten in Mitrovitsa, der mir erzählte, seine Aufgabe sei, einer Mutter sicher über die Straße zu helfen, wenn ihr Kind krank ist. Die Soldaten sollten so das Vertrauen der Bevölkerung gewinnen.

Worin liegt das Problem, wenn Soldaten der Zivilbevölkerung helfen?

Die Streitkräfte tun dies aus strategischen Gründen: Die Hilfe richtet sich dann nicht mehr nach den Bedürfnissen der Menschen. Sie

wird zu einem Instrument. Westliche Politiker trieben diese Entwicklung im Laufe der 1990er Jahre voran. Sie erhofften sich dadurch Glaubwürdigkeit und Legitimität für ihre Interventionen.

Was ist die Alternative?

Seit den 1990er Jahren höhlt die westliche Politik das System der humanitären Hilfe immer stärker aus. Moralische Argumente schützen davor nicht. Stattdessen sollten die Humanitären mit dem internationalen humanitären Völkerrecht argumentieren: Die Rechte und Pflichten von Kriegsparteien sind in den Genfer Konventionen definiert, ebenso der Schutz der Zivilbevölkerung. Um gegen die Instrumentalisierung der Hilfe anzugehen, sollten die Organisationen diese Rechte und Pflichten einem breiteren Publikum erklären. Sich streng an das Völkerrecht zu halten, bedeutet auch, die alliierten Streitkräfte in Krisengebieten konsequent als Konfliktpartei zu behandeln. Meines Erachtens haben auch Hilfsorganisationen in der Vergangenheit allzu oft den Fehler begangen, diese als Partner zu betrachten.

Zwischenfrage

Ist Neutralität im Krieg möglich?

Die Erfahrung der Hilfsorganisationen zeigt: In Konfliktgebieten akzeptieren die Machthaber humanitäre Hilfe nur, wenn sie keiner Konfliktpartei aktiv nützt oder schadet. Doch ist eine solche neutrale Haltung überhaupt möglich? Auf der Konferenz diskutierten Teilnehmer aus Politik und humanitären Organisationen diese Frage kontrovers.



ZENTRALAFRIKANISCHE REPUBLIK 2013: Nach einem Militärcoup ist die Lage im Land extrem instabil, verschiedene bewaffnete Gruppen bekämpfen sich. **ÄRZTE OHNE GRENZEN** muss mit allen Konfliktparteien verhandeln, um die Bevölkerung zu erreichen. © Jacob Zoherman

Daniel Cohn-Bendit, Sprecher der Grünen-Fraktion im Europäischen Parlament, lehnte eine neutrale Haltung aus moralischen Gründen ab. „Ich glaube nicht an Neutralität“, sagte er. Nach seiner Meinung richtet humanitäre Hilfe sich „gegen die Willkür von Herrschaft über Menschen“. Angesichts dieser Willkür aber seien nun einmal „alle Menschen nicht gleich“. In anderen Worten: In Konflikten gibt es Täter und Opfer. Und angesichts der Opfer ist eine neutrale Haltung nicht möglich.

Auch der ehemalige US-Botschafter John Kornblum hält Neutralität für kaum noch umsetzbar: „Die Konflikte werden unmenschlicher und dreister“, analysierte er. Zudem gebe es neue, zum Teil nicht-staatliche Akteure, die sich nicht an die Regeln des Völkerrechts hielten. Beispiel Syrien: Die Zusammensetzung der Konfliktparteien sei extrem unübersichtlich, niemand wisse, wie viele Gruppen es gebe und wofür diese im Einzelnen stünden. Bekannt sei allerdings: „Es gibt eine Regierung, die das Töten der eigenen Bevölkerung als Waffe einsetzt. Es ist schwierig, neutral zu sein in solch einer Situation“, so Kornblum.

Florian Westphal vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz hielt demgegenüber an der Grundposition seiner Organisation fest: In Konfliktgebieten wie Afghanistan oder Syrien könne das Rote Kreuz überhaupt nur dank seiner neutralen Haltung agieren: Die humanitäre Neutralität sei unerlässliches „Mittel zum Zweck, um unparteilich humanitäre Hilfe leisten zu können – den Bedürfnissen der Menschen entsprechend“.

Auch Hansjörg Strohmeier von UN-OCHA erklärte Neutralität zum Werkzeug, um überhaupt Hilfe leisten zu können: „So lange eine Regierung oder Gruppierung Macht über eine Bevölkerung mit humanitären Bedürfnissen hat, muss ich mich mit ihr auseinandersetzen“.

Feindbild Terrorismus – die deutsche Außenpolitik nach 9/11



Der „Krieg gegen den Terror“ hat die Außenpolitik der westlichen Staaten dauerhaft verändert. So bindet die deutsche Außenpolitik Hilfsorganisationen immer stärker in ihr Konzept der „vernetzten Sicherheit“ ein. Im zweiten Panel diskutierten die Redner am Beispiel des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr die Frage, ob eine Zusammenarbeit militärischer und ziviler Kräfte hilfreich ist – und für wen.

Aus Sicht der Bundeswehr gestaltet sich die Zusammenarbeit von Bundeswehr und Hilfsorganisationen in Afghanistan durchaus gut: „Ich habe eine positive Entwicklung gesehen, wir haben eine gemeinsame Verantwortung übernommen“, sagte Wolfgang Schneiderhan. Die enge Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Kräften sei auch alternativlos: „Die Probleme sind militärisch nicht lösbar.“ Geführt habe das zum einen zu einem neuen Spektrum an Aufgaben für die Soldaten. Der Kampfeinsatz sei „ergänzt worden durch Schützen, Retten und Helfen“, so Schneiderhan. Andererseits sei die Zusammenarbeit mit

anderen Akteuren auch vonnöten; nur gemeinsam könnten Konfliktgebiete stabilisiert und der Wiederaufbau vorangetrieben werden. Für Schneiderhan ist ein ganz neuer „Verbund von Sicherheitssystemen“ entstanden. In diesem hätten Politik, Wirtschaft, Diplomatie, Polizei und Hilfsorganisationen jeweils ihre Rolle.

Der Wiederaufbau ist gescheitert

Nach Meinung von Andreas Zumach ist das Mandat der Bundeswehr in Afghanistan schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil es die Kompetenzen der Streitkräfte überdehne. Die Debatte darüber sei in Deutschland zu spät geführt worden: „Die Soldaten und die Führungsebene hätten zugeben sollen, dass sie das, was sie an nicht-staatlicher Unterstützung versprochen hatten, nicht leisten können“, sagte Zumach. Anstatt zuzulassen, dass die Bundeswehr immer mehr zivile Aufgaben übernimmt, hätte die Politik Zivilorganisationen stärken und besser ausstatten sollen – das Technische Hilfswerk oder das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen zum Beispiel.

TEILNEHMER Panel 2

von links nach rechts

Andreas Zumach

Journalist, die tageszeitung

Wolfgang Schneiderhan

General a.D.

Almut Wieland-Karimi [MODERATION]

Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)

Florian Westphal

Internationales Komitee

vom Roten Kreuz

Gernot Erler

SPD, Deutscher Bundestag

„Die enorme Polarisierung der Welt nach 9/11 – das Gefühl, wer nicht mit uns ist, der ist gegen uns – hatte für uns konkrete Folgen: Unsere Mitarbeiter sind angegriffen worden.“

Florian Westphal

„Wir sind in Afghanistan mit 4.500 Soldaten. Wir haben Spaten und den Bohrer, um einen Brunnen herzustellen. Sollen wir den Menschen sagen: Wir sind bewaffnete Kombattanten, für Wasser müsst Ihr auf andere warten?“

Wolfgang Schneiderhan

Außenpolitik – quo vadis?

Auch Gernot Erler räumte Fehler bei der Afghanistan-Politik ein. Er betonte allerdings, dass die Prinzipien der europäischen und deutschen Außenpolitik trotz der mangelhaften Umsetzung richtig gewesen seien. An diesen müsse festgehalten werden. „Ich glaube, gemeinsam mit den Hilfsorganisationen besteht das Interesse, die konzeptionelle Ausrichtung unserer Außenpolitik weiterzuentwickeln“, sagte er. Erler nannte in diesem Zusammenhang die Strategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“.² Diese definiert als außenpolitische Prioritäten unter anderem Konfliktprävention und den Dialog der Kulturen: „Darin wird Sicherheit an Gerechtigkeit gekoppelt“, erklärte Erler. Zudem werbe die Strategie für „große Zurückhaltung, was militärische Interventionen angeht“. Nun gelte es, sie voranzutreiben und besser umzusetzen.

Vermischte Mandate, fatale Konsequenzen

Für Florian Westphal muss die deutsche Außenpolitik ihre Strategien künftig klarer von humanitärer Hilfe trennen. Der Afghanistan-Einsatz

habe die negativen Konsequenzen der vermischten Mandate gezeigt: „Für die Bevölkerung und für die Konfliktparteien kommt es zu einer unglaublichen Verwischung der Trennlinien“, sagte Westphal. So werde es „fast unmöglich, zu unterscheiden, wer zu einem zivilen Aufbauteam des Militärs und wer zu einer unabhängigen humanitären Organisation gehört“. Wenn Helfer aber in Gefahr gerieten, weil sie als Teil des Militärs wahrgenommen würden, schade das nicht nur ihnen – sondern auch der Zivilbevölkerung. Die bleibe ohne Hilfe zurück, wenn die Organisationen sich aus Sicherheitsgründen zurückziehen müssen. So sei in Afghanistan auch das Rote Kreuz nach der Ermordung eines Mitarbeiters vorübergehend gezwungen gewesen, die Hilfsaktivitäten komplett einzustellen.

² Europäische Sicherheitsstrategie 2003: „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“, <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>, letzter Zugriff am 16.09.2013.

Die deutsche Afghanistan-Politik – eine große Illusion

ÄRZTE OHNE GRENZEN IN AFGHANISTAN

- Vielerorts sehr schlechte Gesundheitsversorgung aufgrund des jahrzehntelangen Konflikts.
- Beginn der Aktivitäten 1981, dann Rückzug 2004 nach der Ermordung von fünf Mitarbeitern.
- Rückkehr im Jahr 2009, Ausbau der Aktivitäten seit 2011. Heute betreibt ÄRZTE OHNE GRENZEN eine Mutter-Klinik-Klinik in Khost und drei Krankenhäuser: in Kabul, Lashkargah und Kundus.
- Um helfen zu können, verhandelt ÄRZTE OHNE GRENZEN mit allen Konfliktparteien. Diese dürfen sich nicht in die medizinischen Projekte einmischen und die Gesundheitseinrichtungen nicht angreifen. Im Gegenzug garantiert ÄRZTE OHNE GRENZEN, dass die Ressourcen nur für medizinische Zwecke eingesetzt werden und keiner Kriegspartei zugute kommen.
- In Khost musste ÄRZTE OHNE GRENZEN die Mutter-Kind-Klinik 2012 für sechs Monate schließen: Dort war eine Bombe explodiert, sieben Personen wurden verletzt. Seitdem Verschärfung der Sicherheitsmaßnahmen.
- Im Jahr 2012 führte ÄRZTE OHNE GRENZEN in Afghanistan 322.000 Konsultationen und 7.200 chirurgische Eingriffe durch und begleitete 16.500 Geburten.

AFGHANISTAN 2012: Der Junge und seine Schwester wurden bei einer Bombenexplosion in Lashkargah verletzt. In dem Krankenhaus von ÄRZTE OHNE GRENZEN erhalten die Kinder Hilfe.
© François Dumont/MSF



In den ersten Jahren nach den Anschlägen vom 11. September 2001 war der Konsens in Deutschland noch sehr breit. Mit Zustimmung aller Fraktionen außer der PDS mandatierte der Bundestag die Bundeswehr, im damals vergleichsweise ruhigen afghanischen Norden Maßnahmen zur humanitären Versorgung und zum Wiederaufbau abzusichern. An diesen Maßnahmen beteiligten sich zahlreiche zivile Organisationen aus Deutschland: mit großem Engagement und der Zuversicht, die Lebensverhältnisse für die geplagte afghanische Zivilbevölkerung dauerhaft verbessern zu können. Politiker und Militärs anderer Nato-Staaten, deren Truppen schon damals in anderen Regionen Afghanistans einen heißen Krieg gegen die Taliban und Al-Kaida führten, bespöttelten das deutsche Engagement in Afghanistan mit seiner Priorität auf zivilen Maßnahmen gerne als „Sozialarbeitertum“.

Leider erwies sich die deutsche Afghanistanpolitik als große Illusion. Denn nachhaltiger ziviler Wiederaufbau in nur einer Region eines Landes, während in anderen Landesteilen der Krieg mit immer mehr Opfern unter der

Zivilbevölkerung eskaliert und den Hass auf die ausländischen Soldaten schürt, kann nicht funktionieren. Dies hätte spätestens ab Sommer 2006 allen Beteiligten klar sein müssen. Denn im Mai 2006 hatten die Taliban auf einer Pressekonferenz in Kabul die Änderung ihrer Strategie angekündigt: weg von der verlustreichen offenen Feldschlacht gegen die hoch überlegenen Nato-Truppen im Süden und Osten Afghanistans, hin zu einer „landesweiten Kampagne Hinterhalt“ mit Bombenanschlägen, Selbstmordattaken und Sprengfällen.

Bereits wenige Wochen nach dieser Ankündigung stieg die Zahl der Gewaltzwischenfälle im ganzen Land deutlich an – auch im bis dato vergleichsweise sicheren Norden. Die hier stationierten Bundeswehrsoldaten wurden ebenso wie Mitarbeiter humanitärer Organisationen immer häufiger Ziel und Opfer von Anschlägen.

In der Folge stockte der Bundestag das Bundeswehrekontingent in Afghanistan mehrfach auf und eskalierte den ursprünglichen Auftrag der deutschen Soldaten, zivile Wiederaufbaumaßnahmen abzusichern, schrittweise bis zu

einem offensiven Kriegsführungsmandat mit schweren Waffen. Unter den irreführenden Überschriften „zivil-militärische Zusammenarbeit“ und „vernetzte Sicherheit“ wurden die humanitären und entwicklungspolitischen Organisationen von der Bundeswehr zunehmend einem militärischen Kalkül unterworfen, zum Zwecke der Aufklärung und Informationsbeschaffung über potenzielle Gegner und Gefahren missbraucht und in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

Unter diesen Bedingungen war für die zivilen Organisationen ein Engagement nach den Prinzipien der Neutralität und der Allparteilichkeit immer weniger möglich. Es ist daher zu begrüßen, dass ÄRZTE OHNE GRENZEN – ähnlich wie das IKRK – bei dem fortgesetzten Engagement in Afghanistan und anderen Konfliktregionen auf deutlichen Abstand zu Militär und Politik bedacht ist und jegliche Kooperation ablehnt, die als Verstoß gegen diese Prinzipien wahrgenommen werden könnte. Andere Zivilorganisationen haben sich wegen ihrer Instrumentalisierung durch Militär und Politik ganz aus Afghanistan zurückgezogen.

Die Bundesregierung und die Führung der Bundeswehr hingegen preisen die „zivil-militärische Zusammenarbeit“ und das Konzept der „vernetzten Sicherheit“ weiterhin ebenso als Erfolg wie den gesamten Afghanistaneinsatz der Bundeswehr seit Ende 2001. Diese Zwecklüge soll wenigstens bis zu dem für 2014 geplanten Ende der gemeinsamen Nato-Mission am Hindukusch vorhalten.

Innerhalb der Truppe und insbesondere unter den aus Afghanistan heimgekehrten Soldaten wird dies alles sehr viel kritischer gesehen. Die Angst vieler junger Männer, in einen ähnlich aussichtslosen und gefährlichen Auslandseinsatz geschickt zu werden, ist ein wesentlicher Grund für die massiven Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr seit Aussetzung der Wehrpflicht Ende 2011 und für die extrem hohe Abbrecherquote unter jungen Freiwilligen.

Andreas Zumach ist internationaler Korrespondent der Berliner Tageszeitung die taz sowie anderer Zeitungen und elektronischer Medien und berichtet als freier Journalist aus Genf über internationale Politik.

Zwischen Distanz und Umarmung – das künftige Verhältnis zwischen humanitärer Hilfe und Politik



„Wohin soll die Reise gehen? Was kann konstruktiv aus den Spannungen zwischen Politik und Hilfsorganisationen erwachsen?“ Mit diesen Fragen leitete Stefan Kornelius das dritte und Abschlusspanel ein. Dieses drehte sich darum, die Herausforderungen für die Zukunft zu erkennen und mögliche Antworten abzuwägen.

In einem waren sich die Redner einig: Die Anzahl der Konflikte weltweit nimmt zu, der Bedarf an humanitärer Hilfe bleibt groß. Vor diesem Hintergrund sprach Ruprecht Polenz von einer klaren Aufgabenverteilung zwischen Politik und Hilfsorganisationen. Er beschrieb eine Welt „zwischen Integration und Fragmentierung, zwischen Anarchie und Regelung“, in der die westlichen Staaten und die humanitären Akteure ihre Ziele gemäß ihrer jeweiligen Rolle gemeinsam umsetzen müssten. Aufgabe der Politik sei, Konflikte zu verhindern; die der Humanitären, Menschen zu versorgen. „Natürlich brauchen die Organisationen dafür Freiräume“, sagte Polenz, die gebe es aber auch: Mit den Empfehlungen des Verbands entwick-

lungspolitischer Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zur Zusammenarbeit mit dem Militär,³ die von beiden Seiten anerkannt seien. Für Polenz sind diese Empfehlungen „handelbar und gut“.

Verschiedene Kontexte fordern verschiedene Herangehensweisen

Hansjörg Strohmeyer legte Wert auf Differenzierung je nach Lage im Land: In Kriegen, nach Naturkatastrophen und in Kontexten chronischer Armut müsse sich die Beziehung zwischen Staaten und Hilfsorganisationen unterschiedlich gestalten. „Nach Naturkatastrophen müssen die Helfer eng mit Partnerorganisationen und Regierungen zusammenarbeiten“, erklärte Strohmeyer. In Kriegen und Konflikten hingegen könnten nur Organisationen helfen, die als neutral und unparteiisch angesehen werden. Für Akteure, die mit Regierungen – auch in anderen Kontexten – zusammenarbeiten, werde die Hilfe in Konflikten in Zukunft immer schwieriger werden, sagte Strohmeyer voraus.

„Es gibt heute viel mehr humanitäre Hilfe als noch vor zehn Jahren, aber sie ist sehr ungleich verteilt. Immer weniger Hilfe kommt dort an, wo sie jetzt und heute akut nötig ist.“ Frank Dörner

TEILNEHMER Panel 3

von links nach rechts

Hansjörg Strohmeyer
UN Office for the Coordination of
Humanitarian Affairs (UN-OCHA)
Ruprecht Polenz
CDU, Deutscher Bundestag
Stefan Kornelius [MODERATION]
Journalist, Süddeutsche Zeitung
Frank Dörner
ÄRZTE OHNE GRENZEN

„Es geht darum, so viele Menschen in Not wie möglich zu erreichen. Dafür brauchen wir verschiedene Handlungsoptionen. UN-OCHA mag in Syrien nicht in der Lage sein, in der Mitte von Aleppo oder Homs zu arbeiten, aber wir können mit den Regierungen und dem Militär das Umfeld für Organisationen vorbereiten, die als neutral und unabhängig angesehen werden. In anderen Kontexten brauchen wir mehr Helfer mit lokaler Sensibilität. In Somalia zum Beispiel arbeiten heute viele lokale und islamische NGOs. Die humanitäre Hilfe zu diversifizieren wird eine große Aufgabe der nächsten zwanzig Jahre sein.“ Hansjörg Strohmeyer

Wer zahlt, kontrolliert?

Zudem sagte Strohmeyer, der Bedarf an humanitärer Hilfe sei international stark gestiegen. Das Gesamtvolumen der jährlich von UN-OCHA veröffentlichten humanitären Hilfsappelle habe sich innerhalb von zehn Jahren auf derzeit mehr als acht Milliarden US-Dollar vervierfacht. In diesem Zusammenhang wurde die Finanzierung der Hilfe erörtert. Der Großteil des Etats von UN-OCHA kommt von den Regierungen – für Ruprecht Polenz ist es deswegen Aufgabe der Politik, den Einsatz der Gelder zu überprüfen: „Wenn es um Steuergelder geht, hat die Politik eine Mitverantwortung für die Effektivität und eine Koordinierungsverpflichtung, unter Wahrung der Autonomie der Organisationen“, sagte er.

Strohmeyer warnte aber vor zuviel Einfluss der Politik, vor allem in Konfliktgebieten. Dort müssten die Helfer das Vertrauen der Bevölkerung über einen längeren Zeitraum aufbauen, um als neutral angesehen zu werden und helfen zu können. Gerade in „hochmedialen Krisen“ bleibe den Organisationen aber häufig „keine Zeit, Akzeptanz vor Ort aufzubauen“ –

auch, weil die Geberstaaten zu schnell Ergebnisse präsentieren wollten und zu wenig auf den lokalen Kontext achteten. Frank Dörner beklagte, dass die Hilfe in Konfliktgebieten unter Umständen nicht die Bedürftigsten erreicht, wenn sie als verlängerter Arm der westlichen Regierungen angesehen wird. Er betonte, dass ÄRZTE OHNE GRENZEN aus diesem Grund in vielen Konfliktgebieten die Hilfe ausschließlich mit privaten Spenden finanziert. Als Beispiel nannte Dörner die Demokratische Republik Kongo: „Die Konflikte im Nordosten treffen seit Jahrzehnten Millionen Menschen. Die Politik bringt hoffentlich irgendwann eine Lösung; in der Zwischenzeit lindert die humanitäre Hilfe das Leid der Menschen und sichert ihr Überleben. Das geht nur, wenn alle Konfliktparteien vor Ort einsehen, dass wir kein Interesse haben, in den Konflikt involviert zu werden.“

³ Empfehlungen zur Interaktion zwischen VENRO-Mitgliedsorganisationen und der Bundeswehr vom 8. April 2013: http://venro.he-hosting.de/fileadmin/redaktion/material/dokumente/allgemein/2013/2013_Handreichung_Interaktion_Bundeswehr.pdf, letzter Zugriff am 16.09.2013.

Interview mit Rony Brauman
**„Unsere Flexibilität
ist unerlässlich“**

Rony Brauman, langjähriger Präsident der französischen Sektion von ÄRZTE OHNE GRENZEN, arbeitet seit 35 Jahren für die Organisation, zurzeit bei CRASH, dem Zentrum für Analysen und Reflexion über die humanitäre Arbeit. Im Gespräch mit Alfhild Böhlinger von ÄRZTE OHNE GRENZEN greift er einige Fragen der Konferenz auf und reflektiert über die Herausforderungen für die humanitäre Hilfe in der Zukunft.

LIBYEN 2011: Ein Team von ÄRZTE OHNE GRENZEN versorgt einen Kriegsverletzten im Krankenhaus der Stadt Sintan.
© Florent Marcie



Rony Brauman, viele Hilfsorganisationen beklagen, dass die Politik die Bezeichnung „humanitär“ benutzt, um ihre Ziele voranzutreiben. Wie können wir die Trennschärfe des Begriffs stärken?

Bei ÄRZTE OHNE GRENZEN haben wir uns bereits 1990 gefragt, ob wir einen anderen Begriff verwenden sollten. Damals, zu Zeiten der Intervention des Westens im Irak, haben die Regierungen den bewaffneten Schutz der fliehenden kurdischen Bevölkerung nach dem Golfkrieg als „humanitär“ bezeichnet. Dabei waren die Ziele eindeutig militärisch. Leider haben wir keinen besseren Begriff gefunden. Wir haben auch nicht die Definitionshoheit über die Bezeichnung „humanitär“. Deswegen ist es so wichtig, dass wir immer wieder erklären, was wir unter humanitärer Hilfe verstehen.

ÄRZTE OHNE GRENZEN nimmt in der Regel nicht Stellung zu politischen Fragen. Nach welchen Kriterien gibt die Organisation diese neutrale Haltung auf und erhebt öffentlich Anklage?

Wir benutzen ganz bewusst den französischen Begriff „témoignage“: Er bedeutet wörtlich, „etwas mit eigenen Augen zu sehen“. Das heißt, wir gehen nur an die Öffentlichkeit, wenn wir Zeugen werden. Zum Beispiel in Libyen im Jahr 2011: Dort beobachteten unsere Mitarbeiter bei ihrer Arbeit in Internierungszentren in Misrata Folterverletzungen an Patienten. Sie wurden sogar aufgefordert, diese in den Verhörzellen zu versorgen. Wir haben damals öffentlich protestiert und diese Arbeit beendet. Bevor wir an die Öffentlichkeit gehen, fragen wir aber immer nach den Konsequenzen: Schaden wir den Patienten, bringen wir unsere Mitarbeiter in Gefahr? Wir machen uns diese Entscheidungen nicht leicht.

In der humanitären Hilfe sprechen viele über die Notwendigkeit, Vorsorge mit Nothilfe und nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit zu verzahnen. Was halten Sie davon?

Sicher greifen verschiedene Formen von Hilfe zum Teil ineinander. Wenn ÄRZTE OHNE GRENZEN in einem Flüchtlingslager die Kinder gegen Masern impft, ist das Nothilfe und gleichzeitig

Vorsorge. Wir müssen aber aufpassen, dass es sich bei diesen Begriffen nicht um leere Worthülsen handelt, die nur dazu dienen, die Ausgaben bestimmten Budgets zuzuordnen. Manchmal helfen solche Konzepte wenig, die Realität zu verstehen. Sie können sogar schaden. Zum Beispiel in Haiti im Jahr 2010: Als dort Cholera ausbrach, beklagten einige Organisationen, sie hätten nicht das Geld, um angemessen auf die Krankheit zu reagieren und gegen eine Ausbreitung vorzusorgen – dabei standen nach dem schweren Erdbeben Millionen zur Verfügung. Doch das Geld steckte angeblich in langfristigen Entwicklungsprojekten fest. Wir haben damals gefragt: Wie kann es sein, wenn 12.000 Hilfsorganisationen vor Ort sind, dass Tausende Menschen an Cholera sterben – einer Krankheit, die leicht zu behandeln und einzudämmen ist? ⁴

Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Herausforderungen der Zukunft?

Wir können nicht hellsehen – also müssen wir anpassungsfähig bleiben. Wenn wir uns hinter theoretischen Szenarien verschanzen,

gehen wir mit vorgefertigten Meinungen an die Zukunft heran. Das versperrt den Blick für die Wirklichkeit. Stattdessen müssen wir uns selbst kritisch im Blick behalten. Wie treffen wir Entscheidungen, wie sind unsere Prozesse? Handeln wir schnell genug und reagieren wir angemessen auf die Bedürfnisse der Menschen, auch wenn diese sich verändern? Flexibel und reaktiv zu sein: Das war schon immer der Ansatz von ÄRZTE OHNE GRENZEN. Und diese Flexibilität bleibt unerlässlich.

⁴ Unni Karunakara, internationaler Präsident von ÄRZTE OHNE GRENZEN, am 28. Dezember 2010: <http://www.theguardian.com/commentisfree/2010/dec/28/haiti-cholera-earthquake-aid-agencies-failure>, letzter Zugriff am 16.09.2013.

Meinung – Andrea Binder

Eine Politik der Humanität ist möglich

ÄRZTE OHNE GRENZEN IN SYRIEN

- Brutaler Bürgerkrieg seit März 2011
- Betrieb von sechs Krankenhäusern, vier Gesundheitszentren und mehreren mobilen Kliniken in den Gebieten der Opposition
- Dort bereits mehr als 66.000 Behandlungen, 3.400 Operationen, 1.400 Entbindungen und 80.000 Impfungen
- Bislang keine Genehmigung für die Hilfe in den Gebieten der Regierung
- Lieferung von mehr als 600 Tonnen Medikamenten und Material an Ärzte und Krankenhäuser auf beiden Seiten des Konflikts
- Versorgung syrischer Flüchtlinge in den Nachbarländern



TÜRKEI 2013: Die achtzehnjährige Salwah kann nicht mehr laufen, sie wurde im syrischen Aleppo angeschossen und floh in die Türkei. Dort erhält sie psychologische Hilfe von ÄRZTE OHNE GRENZEN. © Anna Surinyach/MSF

Humanitäre Hilfe kann nur erfolgreich sein, wenn sie nicht politisch ist. Deshalb handelt ÄRZTE OHNE GRENZEN nicht politisch. Dieses Argument war während der Konferenz immer wieder zu hören. Aber was bedeutet es, als humanitäre Organisation nicht politisch zu handeln? Und: Ist es überhaupt möglich und wünschenswert?

In der Politik, so der Politikwissenschaftler Harold D. Lasswell, geht es um Einfluss und die Einflussreichen. Politik ist also eine Frage der Gestaltungsmacht. Wenn die Vertreter von ÄRZTE OHNE GRENZEN sagen, sie seien nicht politisch, drücken sie damit aus, dass ihre Organisation keinen Einfluss hat – oder haben will. Ersteres ist naiv, letzteres bedauerlich. Beides entspricht nicht der Realität.

ÄRZTE OHNE GRENZEN hat eine Menge Einfluss. Die Organisation gilt in humanitären Kreisen als professionell, innovativ und analytisch stark. Ihre moralische Autorität zeigt sich nicht zuletzt in der großen Zahl privater Spender: Die Organisation finanziert sich zu 90 Prozent selbst und verfügt international über ein jährliches Gesamtbudget von 1,1 Milliarden

US-Dollar. Damit spielt ÄRZTE OHNE GRENZEN in der Finanzierung der humanitären Hilfe auf Augenhöhe mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der amerikanischen Regierung.

Und ÄRZTE OHNE GRENZEN nutzt diesen Einfluss. Die Organisation gestaltet humanitäre Hilfe und globale Politik mit. Ein wichtiges Instrument dafür ist „témoignage“. Ein Beispiel: Die Pressemitteilung der Organisation vom 24. August 2013 zu neurotoxischen Symptomen bei tausenden Patienten in Krankenhäusern nahe der syrischen Hauptstadt Damaskus. ÄRZTE OHNE GRENZEN kann nicht sagen und nimmt keine Stellung dazu, wer oder was diese Symptome verursacht hat. Doch die Beschreibung der Symptome öffentlich zu teilen ist ein politischer Akt.

Wie erklärt sich dann das Bedürfnis von ÄRZTE OHNE GRENZEN, sich von „der Politik“ abzugrenzen? Drei Gründe könnten dem zugrunde liegen: die Alltagserfahrung der Helfer; das Selbstverständnis von ÄRZTE OHNE GRENZEN als Außenseiter der internationalen Politik; und die Notwendigkeit humanitärer

Organisationen, sich von den Konfliktparteien und ihren Verbündeten zu distanzieren.

Die Alltagserfahrung humanitärer Helfer ist es, das Leid der Menschen in Krisengebieten zu lindern. Sie arbeiten für die Männer, Frauen und Kinder, deren würdiges Überleben weniger wert zu sein scheint als die gewalttätige Durchsetzung bestimmter Interessen. Ein Gefühl von Machtlosigkeit und das Bedürfnis nach Abgrenzung liegen in der Natur dieser Arbeit.

Hinzu kommt die institutionalisierte Identität von ÄRZTE OHNE GRENZEN als Außenseiter, gegründet 1971 von Ärzten und Journalisten, die nicht länger zu den Gräueltaten im Biafra-Krieg schweigen wollten. Sie wollten eine humanitäre Organisation schaffen, die freier war, als es das von Staaten gegründete und getragene IKRK damals sein konnte. Die Lossagung vom IKRK und seinen Regeln der Vertraulichkeit hieß allerdings nicht, dass ÄRZTE OHNE GRENZEN die Prinzipien der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit aufgab. Die Einhaltung dieser Prinzipien ist für alle Humanitären Voraussetzung dafür, dass sie

das Vertrauen aller Seiten gewinnen und den Zugang zu den Betroffenen sichern können.

Wer genau hinschaut, stellt also fest: ÄRZTE OHNE GRENZEN grenzt sich nur von einer bestimmten Politik ab, der Politik der Gewalt. Die Unterscheidung mag semantisch klein sein, praktisch ist sie aber von größter Bedeutung. Die Position, nicht politisch zu sein, läuft an der Realität vorbei. Die Position, für eine andere Politik zu sein, also der „Politik der Gewalt“ eine „Politik der Humanität“ gegenüberzustellen, bedeutet hingegen moralische Autorität in Gestaltungsmacht umzumünzen.

Der Rückblick auf 20 Jahre ÄRZTE OHNE GRENZEN in Deutschland bietet Gelegenheit für die Organisation anzuerkennen, dass sie im Establishment der internationalen Politik angekommen ist. Sie sollte ihre moralische Autorität und Unabhängigkeit nutzen, um in Deutschland endlich eine öffentliche Diskussion über eine Politik der Humanität zu entfachen.

Andrea Binder ist Stellvertretende Direktorin am Global Public Policy Institute in Berlin. Sie leitet dort die wissenschaftliche Arbeit zu humanitären und entwicklungs-politischen Themen.

Die humanitäre Hilfe für die Zukunft stärken

Wie wirkt sich die deutsche Außenpolitik der vergangenen 20 Jahre auf die humanitäre Hilfe aus? Diese Frage wollten wir von ÄRZTE OHNE GRENZEN auf der Konferenz diskutieren. In ihr steckt die Annahme, dass die humanitäre Hilfe getrennt ist von der Politik. Aber ist unsere Arbeit nicht auch politisch? Auf Seite 18 wirft Andrea Binder genau diese Frage auf.

Humanitäre Hilfe darf nicht politisch sein
ÄRZTE OHNE GRENZEN bewegt sich in einem politischen Kontext, unser Handeln hat politische Konsequenzen. Wir verfolgen aber nur ein Ziel: Leben retten und Leid lindern. Unsere Hilfe kommt im Prinzip allen Menschen zugute, nur nach dem Maß ihrer Bedürftigkeit. In Konflikten ergreifen wir nicht Partei. Wir müssen dafür allen Seiten glaubhaft klarmachen, dass wir nur medizinische Nothilfe leisten und keine anderen Interessen verfolgen.

Das entspricht dem Europäischen Konsens, den auch die deutsche Regierung unterschrieben hat: „Der Grundsatz der Wahrung der Unabhängigkeit bedeutet, dass humanitäre Ziele nicht politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder sonstigen Zielen untergeordnet werden dürfen und dass sichergestellt sein muss, dass es der einzige Zweck der humanitären Hilfe bleibt, das Leiden der Opfer humanitärer Krisen zu vermeiden oder zu lindern.“

Wir wollen nicht alle das Gleiche
Aber will ÄRZTE OHNE GRENZEN nicht auch Sicherheit schaffen, Armut bekämpfen und Menschenrechte schützen? Diese Frage hören wir immer wieder. Auf der Konferenz warf sie unter anderem Wolfgang Schneiderhan auf. Er sprach am Beispiel von Afghanistan von einem „Verbund“, in dem auch die Politik und die Hilfsorganisationen ihre Rolle haben, um Frieden und Wiederaufbau voranzutreiben.

Diese Ziele mögen wünschenswert sein, sie liegen aber nicht in der Verantwortung von ÄRZTE OHNE GRENZEN. Unparteiliche humanitäre Hilfe ist keine politische Unterstützung einer Weltanschauung oder Konfliktpartei, sondern nur Überlebenshilfe. Für ÄRZTE OHNE GRENZEN ist es wichtig, auf dieser Unterscheidung zu bestehen.

Denn wenn wir als politische Organisation im Dienste der Nato, der UN oder der Bundesregierung gesehen werden, dann setzen wir das Vertrauen der Machthaber und damit die Sicherheit unserer Patienten und Mitarbeiter auf's Spiel. Dann wird die humanitäre Hilfe unmöglich. Zum Beispiel in Somalia: Im August 2013 musste ÄRZTE OHNE GRENZEN sämtliche Hilfsprojekte in dem Land schließen. Seit 1991 hatten wir Dutzende, zum Teil sehr gewalttätige Angriffe auf Mitarbeiter und medizinische Einrichtungen erlebt. 16 unserer Mitarbeiter wurden getötet.

Ein schwieriger Balanceakt legitimiert keine Vereinnahmung

Und wenn ÄRZTE OHNE GRENZEN öffentlich Stellung nimmt und zum Beispiel Menschenrechtsverletzungen verurteilt, ist das „politisch“? Wir tun dies nur, wie Rony Brauman auf Seite 16 erklärt, im Extremfall und wenn wir Zeugen werden. Denn in diesen Stellungnahmen liegt nicht unsere Hauptaufgabe. Wir wissen aber aus Erfahrung, dass medizinische Hilfe manchmal nicht ausreicht. Die Grenze zu politischem Handeln schwimmt dann. Wir müssen abwägen: Was bedeutet unser Handeln für die Zivilbevölkerung? Was ist für sie die beste Reaktion?

Dieser Balanceakt legitimiert aber nicht die Vereinnahmung der humanitären Hilfe durch die Politik, die wir in den vergangenen 20 Jahren immer öfter beobachten. Für ÄRZTE OHNE



SOMALIA 2008: Eine Frau blickt auf ein Vertriebenenlager in Mogadishu. In Somalia herrscht seit Jahrzehnten Bürgerkrieg. Weil die Lage für die Helfer zu gefährlich wird, musste ÄRZTE OHNE GRENZEN im August 2013 alle Projekte schließen.
© Jehad Nga

GRENZEN steht fest: Politische und militärische Interventionen können nicht „humanitär“ sein. Die Politik kann entscheiden, Menschenrechtsverletzungen zu stoppen und Dauerkrisen anzugehen – auch mit militärischen Mitteln. Das Leid der Menschen in den betroffenen Gebieten können humanitäre Helfer lindern. Und politische und entwicklungspolitische Akteure können sich um Sicherheit, Frieden und Wiederaufbau bemühen. Wir müssen diese Bemühungen trennen und beim jeweiligen Namen nennen.

Heißt das auch, wie Stefan Kornelius auf der Konferenz suggerierte, dass wir die Arbeit humanitärer und entwicklungspolitischer Organisationen in Zukunft strenger trennen müssen? Ja und nein. In vielen Konfliktgebieten, so Hansjörg Strohmeyer auf der Konferenz, können zunehmend nur Akteure arbeiten, die als unabhängig und neutral angesehen werden und nicht mit Regierungen arbeiten, auch nicht in anderen Kontexten. Andererseits kann diese Trennung problematisch sein, wenn sie bürokratische Konzepte und Budgetlinien über die Bedürfnisse der Menschen stellt.

Die Herausforderungen sind groß
Millionen Menschen in Somalia, Syrien oder Afghanistan brauchen dringend humanitäre Hilfe. Millionen weltweit sind von der Hilfe abgeschnitten. Für ÄRZTE OHNE GRENZEN ist das inakzeptabel. Wir werden uns deswegen weiter mit der Politik auseinandersetzen und die Unabhängigkeit unserer Arbeit betonen und einfordern. Denn wenn humanitäre Hilfe nicht mehr möglich ist, dann zahlen die Menschen in Not den Preis.

Alfhild Böhringer, Corinna Ditscheid, Ulrike von Pilar

ÄRZTE OHNE GRENZEN im Jahr 2012

Insgesamt arbeiteten Teams von ÄRZTE OHNE GRENZEN in mehr als 70 Ländern weltweit. In 38 Ländern wurden Projekte von der deutschen Sektion mitfinanziert; das deutsche Büro steuerte zudem Projekte in acht Ländern und ein länderübergreifendes Team zur Bekämpfung der Schlafkrankheit direkt aus dem Berliner Büro.



SÜDSUDAN 2012: Mit mobilen Kliniken bringt ÄRZTE OHNE GRENZEN medizinische Hilfe zu Vertriebenen. Die Ärztin begleitet eine schwangere Frau zum Krankenwagen, der sie in eine Klinik bringen soll.
© Corinne Baker/MSF

Impressum

MÉDECINS SANS FRONTIÈRES (MSF)
 ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V.
 Am Köllnischen Park 1
 10179 Berlin, Deutschland

Telefon +49 (0)30 700 130 0
 Fax +49 (0)30 700 130 340
 office@berlin.msf.org
 www.aerzte-ohne-grenzen.de
 www.msf.org

Konzeption: Ulrike von Pilar
 Redaktion: Alfhild Böhringer,
 Corinna Ditscheid, Ulrike von Pilar
 Mitarbeit: Sebastian Frowein, Jeannette Goddar,
 Alina Kanitz, Katrin Lempp, Roland Kersten,
 Evamaria Moore, Barbara Sigge
 Verantwortlich: Frank Dörner

Titelfoto: Angola 1999 © H. J. Burkard
 Rückseitenfoto: Syrien 2013 © Robin Meldrum/MSF

Layout: Moniteurs, Berlin
 Druck: Druckpunkt, Berlin
 Litho: highlevel, Berlin
 Gedruckt auf Envirotop, 100% Altpapier, chlorfrei,
 mit dem blauen Umweltengel ausgezeichnet

© ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V., Oktober 2013



Spendenkonto
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00
Konto 97 0 97

IBAN: DE72 3702 0500 0009 7097 00
SWIFT-BIC: BFSWDE33XXX

www.aerzte-ohne-grenzen.de